

# „Die Macht von Google & Co. ist ein Demokratieproblem“

Martin Andree zeigt im Interview anlässlich der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“, wie Tech-Giganten die digitale Öffentlichkeit dominieren und welche Folgen das hat.



Foto: BDZY / Markus Zumbansen

**BERLIN.** Millionen Websites, Apps und Medienangebote vermitteln den Eindruck grenzenloser Auswahl. Der Medienwissenschaftler Martin Andree kommt bei seiner Vermessung der digitalen Welt zu einem anderen Ergebnis: Ein großer Teil unserer Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf wenige Tech-Konzerne – und daran habe auch die europäische Regulierung bislang wenig geändert. Im Interview mit Andrea Gourd anlässlich der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ erklärt Andree, warum er darin nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein demokratisches Problem sieht, wie Künstliche Intelligenz die Entwicklung verschärft und was Politik und Medien seiner Ansicht nach dagegen tun müssten.

**Andrea Gourd:** Herr Andree, Sie haben für Ihr neues Buch die digitale Welt erneut vermessen. Was hat Sie dabei am meisten erschreckt?

Martin Andree: Dass die massive Monopolisierung mathematisch quasi identisch ist wie vor sechs Jahren – obwohl der Digital Markets Act der EU genau das eigentlich regeln sollte. Überrascht hat mich das allerdings nicht. Wir sehen ja täglich, wie unabhängige Anbieter von den Tech-Konzernen immer mehr an die Wand gedrückt werden.

**Dabei scheint die Auswahl im Internet grenzenlos zu sein. Millionen Websites, Apps und Medienangebote sind nur einen Klick entfernt. Wie vielfältig ist unsere digitale Welt tatsächlich?**

Andree: Genau deshalb ist das Problem so schwer erkennbar: Bei 18 Millionen unterschiedlichen Angeboten scheint Vielfalt mehr als gewährleistet zu sein. Entscheidend ist aber nicht, was irgendwo theoretisch existiert, sondern was tatsächlich genutzt wird. Und da stellen wir

fest, dass vor allem die Tech-Monopole stark genutzt werden. Wir messen diese Konzentration mit dem Gini-Koeffizienten. Er liegt zwischen 0 und 1: Null bedeutet völlige Gleichverteilung, eine maximale Konzentration. Bei der Verteilung der Aufmerksamkeit in digitalen Medien kommen wir auf einen Wert von 0,987. Das zeigt ein geradezu unvorstellbares Ausmaß an Monopolisierung.

**Monopole im digitalen Raum nicht akzeptieren**

**Nun sind Google, YouTube, Instagram und andere Plattformen auch deshalb so groß, weil Millionen Menschen sie freiwillig nutzen und offenbar nützlich finden. Warum wird dieser wirtschaftliche Erfolg zu einem Problem für die Demokratie?**

Andree: Medienmonopole sind grundsätzlich abzulehnen. Das gilt bei staatlicher oder autokratischer Kontrolle. Es gilt aber auch dann, wenn Privatkonzerne die Monopole kontrollieren. Stellen Sie sich vor, ein Mega-Unternehmer hätte im 20. Jahrhundert in Deutschland alle redaktionellen Medien kontrolliert. Auf Kritik an diesem Monopol hätte er sagen können: „Ich habe doch Tausende Journalisten unterschiedlicher politischer Couleur, die völlig unabhängig arbeiten. Redaktion und Management sind getrennt – wo ist das Problem?“ Das hätten wir zu Recht niemals akzeptiert. Und wir sollten es im digitalen Raum genauso wenig hinnehmen. Prinzipiell ist es egal, ob Oligarchen die Öffentlichkeit durch direkten Einfluss oder durch Algorithmen beherrschen. Medienmonopole haben in Demokratien nichts zu suchen.

**Aber jeder kann Google oder Instagram verlassen, andere Angebote nutzen oder Informationen**

## ZUR PERSON

**Martin Andree** ist Medienwissenschaftler und lehrt an der Universität zu Köln. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit der Frage, wie Google, Meta & Co. unsere digitale Öffentlichkeit prägen und was ihre wachsende Macht für Medien und Demokratie bedeutet. In seinem Buch „Krieg der Medien“ (2025) hat er die Folgen der Plattformmacht für Medienfreiheit und Demokratie untersucht. Für „Vermessung der digitalen Welt“ (2026) hat er anhand von Nutzungsdaten analysiert, wie sich unsere Aufmerksamkeit im Netz tatsächlich verteilt und wie dominant Big Tech inzwischen ist.

**direkt bei unterschiedlichen Quellen abrufen. Überschätzen Sie die Macht der Plattformen nicht?**

Andree: Die digitalen Medien kontrollieren etwa 60 Prozent der massenmedialen Aufmerksamkeit und damit das Fundament der politischen Meinungsbildung in unserer Demokratie. Die Plattformen bestimmen wesentlich mit, was

die Menschen zu sehen bekommen – vor allem durch algorithmische Feeds und jetzt sogar durch KI-Zusammenfassungen. Wenn Menschen Inhalte von Monopolisten also quasi direkt und von oben eingeflößt bekommen: Woher sollen sie dann überhaupt wissen, wonach sie suchen könnten? Deswegen greift auch die medienpolitische Forderung nach „Auffindbarkeit“ redaktioneller Inhalte viel zu kurz.

**Die öffentliche Debatte dreht sich häufig um Desinformation, Hass und strafbare Inhalte. Sie sehen das grundlegende Problem aber schon im Geschäftsmodell der Plattformen. Warum?**

Andree: Beide Aspekte hängen miteinander zusammen. Das Kernproblem ist für mich das Haftungsprivileg: Wir haben Wirtschaftsakteure entstehen lassen, die unermessliche Profite mit Geschäftsmodellen machen, für die sie weitestgehend von der Haftung befreit sind. Bis heute können Plattformen mit strafbaren Inhalten, etwa Volksverhetzung, Verleumdung, Rassismus oder Holocaustleugnung, Geld verdienen. Schon in den neunziger und Nuller Jahren wurde Kritik daran mit dem Argument zurückgewiesen, man wolle das Internet „zensieren“ und die Meinungsfreiheit einschränken. Das halte ich für falsch. Meinungsfreiheit lässt sich auch unter Bedingungen von Anonymität ermöglichen,

ohne die Monetarisierung von Straftaten zu erlauben. Auf anderen Feldern sind wir weiter: Im Straßenverkehr fahren wir ohne Klarnamen und haben volle Bewegungsfreiheit – aber wer Gesetze bricht, muss dafür Verantwortung übernehmen.

**Google kann Nutzungsdauer massiv erhöhen**

**Nun kommt Künstliche Intelligenz hinzu. Google und andere Anbieter beantworten Fragen zunehmend selbst, statt Nutzerinnen und Nutzer zu den ursprünglichen Quellen weiterzuleiten. Was verändert das?**

Andree: Unsere aktuellen Messungen zeigen ein dramatisches Bild. Google beispielsweise kann die Nutzungsdauer massiv erhöhen. Das dürfte sicher auch mit „Zero Click Content“ zusammenhängen: Zunächst waren es Übersichten und Snippets, inzwischen zusätzlich KI-Zusammenfassungen. Die redaktionellen Anbieter der Inhalte werden dabei quasi enteignet – und Google frisst sich auf deren Kosten noch voller.

**Was heißt das konkret für Journalismus?**

Andree: Wir erleben gerade eine massive Krise der Pressefreiheit. Die Spiegel-Affäre von 1962 ist ein Klacks dagegen. Pressefreiheit ist nämlich nicht nur dann bedroht, wenn staatliche Akteure intervenieren

wie damals. Sie ist auch gefährdet, wenn Journalismus unter den Bedingungen digitaler Monopole seine Sichtbarkeit und damit seine Stimme verliert – und unter den Bedingungen von Polarisierungsalgorithmen auch noch inhaltlich unfrei wird. Im Gegensatz zu 1962 gibt es allerdings keinerlei Protest. Nirgends.

**Die äußeren Bedingungen sind das eine. Aber was können Zeitungen, Rundfunk und andere journalistische Medien selbst besser machen? Haben auch die Medien Fehler im Umgang mit den Plattformen gemacht?**

Andree: Unter Monopolbedingungen ist das Problem unternehmerisch oder durch Innovationen nicht lösbar. Erstaunlich ist, dass die redaktionellen Medien über die Zerstörung der Pressefreiheit selbst kaum berichten. Journalisten sagen oft, man dürfe sich nicht „mit einer Sache gemein“ machen – aber ich halte es für grundfalsch, sich nicht mit der Pressefreiheit „gemein zu machen“. Bei der Spiegel-Affäre hat man das auch getan – zum Glück für Rudolf Augstein. Zuletzt könnten redaktionelle Medien viel stärker alternative Plattformen wie Mastodon oder BlueSky nutzen – und aktiv in den Beiträgen darauf verweisen.

**Europa hat mit dem Digital Markets Act und dem Digital Services Act Regeln für große Plattformen geschaffen. Sie halten das für unzureichend. Was müsste die Politik konkret tun?**

Andree: Tragisch ist, dass Monopole regulatorisch prinzipiell leicht für Wettbewerb zu öffnen wären. Das haben wir in Deutschland bei der Deutschen Telekom selbst bewiesen. Ähnliche Mechanismen könnte man beispielsweise über den Medienstaatsvertrag umsetzen. Zusammen mit Prof. Nikolaus Peifer habe ich 2024 dazu eine Ausarbeitung veröffentlicht, in der wir zeigen, wie das konkret umgesetzt werden könnte. Aber die Medienpolitik traut sich nicht, dieses Wurzelproblem der Tech-Monopole zu lösen.

**Zum Schluss ein Blick nach vorn: Wenn wir im Jahr 2035 zurückblicken – woran würden Sie erkennen, dass wir die digitale Öffentlichkeit zurückgewonnen haben?**

Andree: Wir werden es daran erkennen, ob Deutschland noch ein demokratischer Staat ist. Denn demokratische Souveränität ist langfristig nur mit digitaler Souveränität auf dem Feld der Medien möglich. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es im Grundgesetz. Aber das Volk informiert sich in Medien. Die digitalen Medien werden von außen, aus dem Silicon Valley, beherrscht. Das heißt: Die demokratische Gemeinschaft hat die eigene Stimme bei der Gestaltung ihres demokratischen Forums längst verloren. In einer fremdbestimmten Öffentlichkeit kollabiert aber auch die demokratische Souveränität.

Das Interview führte Andrea Gourd.

AKTIONSWOCHE  
„Demokratie braucht viele Stimmen“

Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen, Perspektiven und einer offenen Debatte. Damit Menschen sich eine eigene Meinung bilden können, brauchen sie Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen. In dieser Woche lassen wir unterschiedliche Menschen zum Thema Demokratie zu Wort kommen.

Denn unsere Öffentlichkeit verändert sich: Digitale Plattformen und Künstliche Intelligenz bestimmen zunehmend mit, welche Informationen uns erreichen. Desinformation und manipulierte Inhalte machen es zugleich schwieriger, Verlässliches von Falschem zu unterscheiden. Umso wichtiger ist professioneller Journalismus. Er recherchiert, prüft Fakten, ordnet ein, fragt nach und übernimmt Verantwortung für das, was er veröffentlicht. Deshalb setzen journalistische Medien in Deutschland mit „Demokratie braucht viele Stimmen“ erstmals gemeinsam ein Zeichen – für Presse- und Rundfunkfreiheit, für Medienvielfalt und für eine informierte demokratische Öffentlichkeit.

DEMOKRATIE  
BRAUCHT VIELE  
STIMMEN.

# Ein neuer Pakt zwischen den vernetzten Vielen und Journalismus

Der Wissenschaftler Bernhard Pörksen entwickelt zur Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ eine Vision einer medienmündigen Gesellschaft.

**TÜBINGEN.** *Journalismus entsteht heute in einer zunehmend journalismusfeindlichen Welt, bedrängt von Big-Tech-Unternehmern, Lügenpresse-Rufern, Informationserschöpfung, KI-Müll. Was tun? Ein Entwurf einer Vision der medienmündigen Gesellschaft in Zeiten des Pessimismus von Bernhard Pörksen. Ein Gastbeitrag im Rahmen der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“.*

Optimismus, so hat der aphoristische Weisheiten hervorknurrende Dramatiker Heiner Müller einmal gesagt, ist ein Mangel an Information. Pessimismus, so könnte man ihm entgegenen, ist ein Mangel an Ideen. Und doch: Wenn man sich klar macht, was die laufende Medienrevolution für den unabhängigen Journalismus bedeutet, dann ist es schwer, aktuell nicht in die ohnehin verbreiteten Untergangsgesänge einzustimmen, nicht einfach nur weiterhin die Narrative des Niedergangs zu bedienen. Die jüdische Philosophin Hannah Arendt hat in ihrem letzten großen Fernsehinterview im Jahr 1973 gesagt: „In dem Moment, in dem wir keine freie Presse mehr haben, kann alles passieren.“ Ihre Warnung hat nach wie vor Gewicht. Denn was Arendt die freie Presse nennt, ist in diesem Moment der Medien- und Menschheitsgeschichte gewaltig unter Druck, auch hierzulande. Fakt ist: Aufklärerischer Journalismus entsteht heute in einer zunehmend journalismus- und aufklärungsfeindlichen Welt. Im Hintergrund wirken drei große Trends. Politisch erleben wir in vielen Ländern Europas und in den USA den Aufstieg von Populisten und Extremisten, die unabhängige Medien nach Kräften drangsaliieren, attackieren, dämonisieren. Technologisch ist die KI-Revolution längst allgegenwärtig. Die Folge: Gerade

noch funktionierende Geschäftsmodelle unabhängiger Medien kollabieren über Nacht. Und gigantische Mengen von KI-Müll in Form von Fake-Videos und Fake-Texten (Fachbegriff: AI Slop) fluten das Netz, erschweren die Orientierung, lassen journalistische Angebote im großen Rauschen verschwinden.

## Kampf um Aufmerksamkeit

Ökonomisch verstricken die Big-Tech-Unternehmer, die längst mit Hilfe der großen Plattformen die Macht über die zentralen Vertriebskanäle für Information errungen haben, den seriösen Journalismus in einen ruinösen Kampf um Autonomie. Denn der Journalismus muss jetzt in einer boulevardesken Aufmerksamkeitslotterie nach Regeln spielen, die Big-Tech-Unternehmen mit ihren auf Krawall und Emotionalität getrimmten Algorithmen schreiben – und nach Gutdünken variieren. Gleichzeitig trocknen die Werbemärkte, einst eine zentrale Finanzquelle des Journalismus, aus. Nur eine einzige Zahl: Im letzten Jahr haben drei Unternehmen – Google, Meta und Amazon – im digitalen Markt mehr als die Hälfte aller Werbeeinnahmen weltweit für sich verbucht. Hinzu kommt, dass viele Menschen im allgemeinen Krisentumult unter einer Überdosis Weltgeschehen leiden. Sie wenden sich ab, klinken sich aus, suchen – mal verzweifelt, mal genervt – nach Digital Detox-Rezepten und den Oasen einer nachrichtenfernen Seelenpflege. In Zeiten einer allgemeinen Zukunftsunruhe ist das absolut verständlich, aber doch fatal. Denn wie soll ein echter Skandal – man denke nur an das mafiöse Gebaren eines Donald Trump, aber auch an eine brisante Enthüllung im Lokalen – noch zünden, wenn vor lauter Krisen-



Foto: Peter-Andreas Hasslepen

angst und Bullshit-Ekel niemand mehr hinschauen, niemand mehr zuhören mag?

## ZUR PERSON

**Bernhard Pörksen** ist einer der bekanntesten Medienwissenschaftler des Landes. Er arbeitet an der Universität Tübingen und forscht intensiv im Silicon Valley. Seine letzte Buchveröffentlichung: „Zuhören. Die Kunst, sich der Welt zu öffnen“ (Hanser).

**Es braucht daher – gerade jetzt, gerade heute – eine Vision der Medienmündigkeit, die in einem dreifachen Kraftakt besteht, so meine These.**

Bernhard Pörksen, Medienwissenschaftler

## Resignation gefährdet Demokratie

Und doch: Pessimismus ist Zeitverschwendung, ein sinnloser Verbrauch geistiger Energie, stets in der Gefahr, sich in eine selbsterfüllende Prophezeiung zu verwandeln. Denn was soll man noch tun, warum sich noch engagieren, wenn die allgemeine Entwicklung dunkel und düster wie ein unveränderliches Menschheits-Schicksal erscheint? Resignation und Weltflucht scheinen dann als smarte Lösungen für gestresste Individuen, aber sie sind für das demokratische Miteinander und das gesellschaftliche Engagement schädlich. Es braucht daher – gerade jetzt, gerade heute – eine Vision der Medienmündigkeit, die in einem dreifachen Kraftakt besteht, so meine These. Nötig ist, erstens, eine Bildungsanstrengung auf der Höhe der digitalen Zeit. So wie in den 1970-er Jahren das Umweltbewusstsein entstanden ist, sollte sich (und das geht nur als gemeinsame Initiative von Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen etc.) heute als Reaktion auf die Vermüllung und Ausplünderung der publizistischen Außenwelt eine Art Öffentlichkeitsbewusstsein entwickeln, ein Ge-

spür für den Wert und die Schutzbedürftigkeit von Öffentlichkeit, verstanden als geistiger Lebensraum einer liberalen Demokratie. Unerlässlich ist, zweitens, eine entschiedene Regulierung großer Plattformen. Die verschiedenen EU-Initiativen wie zum Beispiel der Digital Services Act, die Big-Tech-Plattformen zu einer effektiveren Desinformationsbekämpfung drängen, gehen durchaus in die richtige Richtung. Fraglich ist nur, ob sie im Zuge der geopolitischen Verwerfungen und der Entfremdung zwischen den USA und Europa auch durchgesetzt werden können.

## Auch der Journalismus muss sich ändern

Schließlich und drittens sollte sich auf dem Weg in die medienmündige Gesellschaft auch der Journalismus ändern. Ich behaupte: Der aufklärerische Journalismus der Zukunft wird dialogisch und transparent sein – oder er wird nicht sein. Leserinnen und Leser sind in einer tatsächlich medienmündigen Gesellschaft noch viel stärker als bisher, Komplizen, Kritiker, Gefährten, Dialogpartner auf Augenhöhe. Sie sind Anreger in einem großen, pulsierenden, niemals endenden Gespräch zwischen der Redaktion und denjenigen, die man früher, in einer vergan-

genen Medienepoche das Publikum genannt hätte. Und die heute lange schon selbst senden, posten, publizieren. Mein Punkt ist: Es braucht – im Widerstand gegen Big Tech-Giganten, zum Schutz unabhängiger Berichterstattung, im Bemühen um Medienmündigkeit in der Breite der Gesellschaft – einen neuen Pakt zwischen der vierten Gewalt des klassischen Journalismus und der fünften Gewalt der vernetzten Vielen, dem medienmächtig gewordenen Publikum. Es braucht stabile Vertrauensbeziehungen, wechselseitige Anregung und Transparenz, auch indem Redaktionen in Berichten und Debatten, in Blogs und der direkten Begegnung noch viel stärker als bisher über ihre Arbeit aufklären, geleitet von dem Imperativ eines dialogischen Journalismus: „Gib Deinen Leserinnen und Lesern jede nur denkbare Möglichkeit, die Qualität der von dir vermittelten Informationen einzuschätzen!“ Noch einmal: Die Aufklärung über die Gesetze der eigenen Branche ist heute der unvermeidliche Zweitjob für Medienmacher. Das heißt, dass man die Kosten und Fallstricke einer Enthüllungssuche benennt. Es bedeutet, dass man eigene Fehler offenlegt, aber doch auch grundsätzlich verdeutlicht: Ohne einen vitalen Journalismus steigt die Korruption in einem Gemeinwesen, nimmt das zivilgesellschaftliche Engagement nachweislich ab, werden die populistischen Vereinfacher und die PR-Spezialisten, die einfach nur verkaufen wollen, mächtiger. Und wenn es doch schiefgeht, wenn das große Rauschen und der synthetische Lärm der KI-Videos die Vieltimmigkeit authentischer Medien und echter Menschen überdröhnt? Dann hat der Aufklärungsoptimist und Verteidiger einer demokratischen Öffentlichkeit, bis es wirklich so weit ist, immerhin das bessere Leben gehabt und das eigene Engagement nicht vor schnell im allgemeinen Pessimismus ertränkt. Und das ist doch auch ein Wert, oder?

AKTIONSWOCHE  
„Demokratie braucht viele Stimmen“

Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen, Perspektiven und einer offenen Debatte. Damit Menschen sich eine eigene Meinung bilden können, brauchen sie Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen. In dieser Woche lassen wir unterschiedliche Menschen zum Thema Demokratie zu Wort kommen.

Denn unsere Öffentlichkeit verändert sich: Digitale Plattformen und Künstliche Intelligenz bestimmen zunehmend mit, welche Informationen uns erreichen. Desinformation und manipulierte Inhalte machen es zugleich schwieriger, Verlässliches von Falschem zu unterscheiden. Umso wichtiger ist professioneller Journalismus. Er recherchiert, prüft Fakten, ordnet ein, fragt nach und übernimmt Verantwortung für das, was er veröffentlicht. Deshalb setzen journalistische Medien in Deutschland mit „Demokratie braucht viele Stimmen“ erstmals gemeinsam ein Zeichen – für Presse- und Rundfunkfreiheit, für Medienvielfalt und für eine informierte demokratische Öffentlichkeit.

DEMOKRATIE  
BRAUCHT VIELE  
STIMMEN.

# „Lasst uns mehr miteinander reden“

Der Musiker Herbert Grönemeyer teilt in seinem Gastbeitrag anlässlich der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ seine Gedanken zu einer starken Zivilgesellschaft.

**BERLIN.** Herbert Grönemeyer wurde 2026 mit dem Deutschen Nationalpreis für sein gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet. In seiner Dankesrede sprach der Musiker über Zusammenhalt und Gemeinschaft, über unterschiedliche Meinungen und Perspektiven – und darüber, was jeder Einzelne zu einer lebendigen Demokratie beitragen kann. Im Rahmen der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ stellt Grönemeyer Auszüge aus dieser Rede zur Veröffentlichung zur Verfügung.

„Aber die Bevölkerung ist nach wie vor bereit für Zuversicht, für Torhunger und Lebenslust, auch in diesen wüsten Zeiten.“

Herbert Grönemeyer, Musiker, Komponist und Schauspieler

Wir brauchen als Zivilgesellschaft nicht unbedingt eine Mutti oder einen Vati. Wir haben uns selbst. Und jetzt sind wir gefragt, in Aktion zu kommen, in Bewegung, in eine Bewegung der Bürger für Bürger. Es geht um sehr vieles, es geht um unser aller Freiheit, Freiheit gegen Bequemlichkeit. Menschen wollen ernst genommen werden, wollen über den politischen, sozialen Stand ihres Landes informiert werden in einem respektvollen Ton, auch gerne über Probleme. Sie wollen gefordert und einbezogen werden. So bleiben sie auf Ballhöhe, können sich einen Kopf machen, abwägen und ihr Verständnis und Anpacken anbieten. Ein Land ist eine Familie, ist ein Team, und durchs Schweigen ist noch keiner ans Laufen und ans Gewinnen gekommen. Das wäre ein normales Zeichen von Respekt, alles andere ist ein Zeichen von Überheblichkeit und Desinteresse. Lasst uns gemeinsam neue Ideen für die Demokratieverbesserung zusammentragen, die zu einem neuen Gemeinschaftsverständnis führen. Die zeigen, dass wir uns gegenseitig sehen, dass wir uns umeinander sorgen und

uns aneinander freuen. Ein frisches Aufeinanderzugehen, Zuhören, Akzeptieren über Grenzen hinaus – unabhängig davon, ob jemand an Gott glaubt oder nicht, welche Meinung er oder sie vertritt, welche Sprache er oder sie spricht, welchem Geschlecht er oder sie sich zugehörig fühlt. Zivilgesellschaft soll mehr Eigenverantwortung übernehmen

Wir sollten auch lernen, uns nicht hinter der Politik zu verstecken. Wir sind die Zivilgesellschaft, wir sind ihre Arbeitgeber. Und haben wir die falschen angestellt, enthebt uns das nicht aus der Eigenverantwortung, unsere Bürgerbelange gemeinsam auch eigenständig weiter zu sortieren. Die Gegenwart wird weltweit von populistischen Kräften und Regierungen durchsetzt, von, wie Thomas Mann es bezeichnete, defekter Menschlichkeit, von gemeiner Hetze, von Fälschung der Wahrheiten und der Vernunft, von gewissenlosem, unmoralischem Gefasel, von Gaunerpsychologie, von hier bei uns, anmaßender Deutschtümelei. Aber die Bevölkerung ist nach wie vor bereit für Zuversicht, für Torhunger und Lebenslust, auch in diesen wüsten Zeiten. Das Netz und Onlinemedien generieren beste Klickzahlen mit negativen Nachrichten über Niedergang, Absturz und drohenden Faschismus. Dass die Zeiten besorgniserregend und für viele Menschen extrem schwierig sind, ist in uns alle eingesickert und bekannt. Aber wo bleibt die Gegenzählung? Die Gegenwart ist drückend, aber was ist mit der Zukunft? Auf und in uns liegt der Aufbruch. Wir sind



Foto: Victor Piatyn

## ZUR PERSON

Herbert Grönemeyer ist Musiker, Komponist und Schauspieler. 2026 wurde er von der Deutschen Nationalstiftung mit dem Deutschen Nationalpreis für sein gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet.

„Unser wunderbares Grundgesetz ist unser Fundament.“

Herbert Grönemeyer, Musiker, Komponist und Schauspieler

prallvoll mit demokratisch humanistischen Elementen in uns, an die gilt es sich zu erinnern, sie auszugießen und sie wieder ins Rennen zu schicken. Es geht immer um alle von uns, um Anstand, Achtung, Respekt und Verspieltheit, um Sympathie, Schwester- und Brüderlichkeit, um Zusammenarbeit an der Idee Deutschland und Europa.

## Gemeinschaft stärkt demokratische Zukunft

Wir tragen als Gemeinschaft genug Wucht, Solidarität und Mitmenschlichkeit in uns, um uns in den nächsten Jahrzehnten immer wieder neu zu begegnen, uns gegenseitig zu stützen, zu teilen, zuzuhören und zusammen breit und verständnisvoll eine demokratische, rundum erneuerte Zukunft anzuschieben. Und die brauchen die Abermillionen leuchtenden Augen unserer Kinder und Kindeskin- der, die haben die uns folgenden Generationen mehr als verdient. Wir sind massiv in der Pflicht. Hier wird an den Citoen, die Staatsbürgerin, den Staatsbürger appelliert, an das mündige Mitglied einer Gesellschaft, das sich mit seinem politischen, aktiven Engagement für den Gemein- sinn und das Gemeinwohl einsetzt. Es geht um das Mitgestalten der Demokratie, Nachbarschaftshilfe und die aktive Sor-

ge fürs Zusammenleben. Wir gehören alle zusammen, welche politische Ausrichtung und welche Meinung auch immer. Wir machen uns die gleichen Sorgen, wir sitzen alle in der gleichen Klasse, es gibt nur eine. Unser wunderbares Grundgesetz ist unser Fundament. Darauf sind wir gewachsen, aufgebaut inzwischen auch von Millionen Händen, Köpfen und Seelen hundertfacher Herkünfte aus aller Welt. Das ist mein Lebenselixier, das hat mich geprägt, so schreibe ich, so ringe ich, so ist meine Musik, so singe ich: grenzenlos und bunt, umarmt und getragen von so vielen unterschiedlichen Blicken. Lasst uns mehr voneinander wissen wollen, lasst uns mehr miteinander reden und den anderen ausreden lassen, lasst uns mehr Selbstironie und Freundlichkeit an und in den Tag legen. Wir gehören zusammen und dazu, wir sind Mitmenschen. Wir tun uns manchmal schwer, mit uns selbst zu leben, wir verzweifeln an uns. Aber ich weigere mich, vor der Zukunft Angst zu haben oder haben zu müssen. Wir haben ein Momentum, um Ideen, Kräfte, Kulturen, Wissen und Haltungen zu bündeln. Um uns komplett in die gemeinschaftliche Zukunft auszurichten. Erzählen, was möglich wird und es dann möglich machen. Das ist unser positives Ziel.

AKTIONSWOCHE  
„Demokratie braucht viele Stimmen“

Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen, Perspektiven und einer offenen Debatte. Damit Menschen sich eine eigene Meinung bilden können, brauchen sie Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen. In dieser Woche lassen wir unterschiedliche Menschen zum Thema Demokratie zu Wort kommen.

Denn unsere Öffentlichkeit verändert sich: Digitale Plattformen und Künstliche Intelligenz bestimmen zunehmend mit, welche Informationen uns erreichen. Desinformation und manipulierte Inhalte machen es zugleich schwieriger, Verlässliches von Falschem zu unterscheiden. Umso wichtiger ist professioneller Journalismus. Er recherchiert, prüft Fakten, ordnet ein, fragt nach und übernimmt Verantwortung für das, was er veröffentlicht. Deshalb setzen journalistische Medien in Deutschland mit „Demokratie braucht viele Stimmen“ erstmals gemeinsam ein Zeichen – für Presse- und Rundfunkfreiheit, für Medienvielfalt und für eine informierte demokratische Öffentlichkeit.

DEMOKRATIE  
BRAUCHT VIELE  
STIMMEN.

# Die Demokratie der neuen politischen Mitte

Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte erläutert in seinem Gastbeitrag zur Woche „Demokratie braucht viele Stimmen“, wie die politische Mitte ihre Rolle in der Demokratie neu definiert.



Foto: Flo Huber

„Autoritäre Regime können zwar schneller entscheiden, sind meist aber nicht enkelfähiger.“

Karl-Rudolf Korte, Politikwissenschaftler

„Freiheitliche Demokratien schaffen ein Spürgefühl für Bürger, die entspannter, angstfreier, gerechter, nachhaltiger, vielfältiger leben können. Warum kümmern wir uns nicht mehr um diese Botschaften, die Menschen in Demokratien glücklicher machen?“

Karl-Rudolf Korte, Politikwissenschaftler

**WORMS.** Die neue politische Mitte fühlt sich weder durch die Breite der Parteien noch durch die agierenden politischen Akteure ausreichend vertreten. Was das für unsere Demokratie bedeutet und wie dem begegnet werden kann, das skizziert Politikwissenschaftler Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte in seinem Gastbeitrag anlässlich der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen.“

Unsere freiheitliche Demokratie lebt vom breiten Zugehörigkeitsbekenntnis zur Mitte. So wählen wir, so leben wir den sozialen und gesellschaftlichen Frieden, der in Abgrenzung zu anderen europäischen Ländern immer noch sehr hoch ist. Auf dem Wählermarkt ist die Mitte eine Projektion, eine gefühlte Zuordnung, keine messbare Einheit. Parteien, die aus allen Bevölkerungskreisen Wählerstimmen einsammeln, können sich als Volksparteien bezeichnen. Diese heterogene Mitte – keine klassisch bürgerliche Mitte – als Sammelbecken hat auch das AfD-Beben von Sachsen-Anhalt ausgelöst. Programmatisch bleibt die AfD dennoch rechtsautoritär und völkisch verortet. Was ebenso für die Funktionäre dieser Partei gilt. Die Wählerschaft der politischen Mitte hat das nicht gestört, weil die AfD die besondere Sehnsucht der Mitte bedient: eine Anmutung von Zukunftsfähigkeit anzubieten. Und das ist neu. Die Mitte in unserer Demokratie ist stets nervös und von Abstiegsängsten geplagt. Aber sie treibt immer eine Zukunftserwartung an, was für die Zukunftsfähigkeit einer Demokratie bedeutend ist. Deshalb votieren Wähler gerne für Parteien oder Politiker, die vorgeben, die Zukunft offen zu halten, mit einer Erzählung, die verfängt

oder gefühlspolitisch trägt. Zukunftssensibilität existiert vor allem in der Mitte unserer Gesellschaft. Ärmere Bürger leben notgedrungen eher im Heute, um über den Tag zu kommen. Reichere Bürger leben von den Ressourcen der Vergangenheit. Nur die Mitte, hat ein aufbruchsbereites, manchmal durchaus auch rückschrittliches Verhältnis zur Zukunft. Diese Sehnsucht nach Tabula rasa, nach einer irgendwie besseren Zukunft, bediente der AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund in Sachsen-Anhalt für die Wählerschaft der politischen Mitte. Dieser Triumph der Zeitreisepartei AfD und die Aneignung einer neuen Mitte verändern viel.

## Zukunft gestalten mit neuen Mehrheiten

„Alles ist möglich“, das Primat der Politik, ist die Konsequenz einer nach Mehrheitsregeln aufgestellten Demokratie. Mit neuen Mehrheiten lässt sich Zukunft gestalten. Dieser Wunsch sprengte alle Rituale der kleineren Parteien, die vorrangig mit geringer Mobilisierung oder missglückter Kommunikation oder mit antifaschistischen Argumenten ihre jeweils geringe Resonanz erklärten. Hinter dem Rausch, der mit fast 80 prozentiger Wahlbeteiligung die Demokratie neu ausgestaltet, steckt auch der klare Wunsch nach mehr Repräsentation. Die neue politische Mitte fühlt sich weder durch die Breite der Parteien noch durch die agierenden politischen Akteure ausreichend vertreten. Es ist die klassische Projektion des Populismus: Wir gegen Die. Wenn man dies in der Konsequenz weiterdenkt, liegt es nahe, fundamentaler über unsere Demokratie nachzudenken. Der alten Art, wie

## ZUR PERSON

**Karl-Rudolf Korte** ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Aktuelle Buchveröffentlichung dazu: „Wählermärkte – Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik“. Gemeinsam mit Chefredakteur Dennis Rink spricht er im wöchentlichen Podcast „Korte & Rink“ über die politischen Themen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Hessen.

„Wir müssen Mitsprachemöglichkeiten im Hinblick auf direkte Demokratie revolutionieren.“

Karl-Rudolf Korte, Politikwissenschaftler

bislang Politik gemacht wird, geht scheinbar die Luft aus. So sehen es offenbar viele Wähler. Sie sind keineswegs unzufrieden mit der Zustimmung zur demokratischen Regierungsform, zur Demokratie an sich. Aber das Funktionieren und die Akzeptanz des Funktionierens unserer Demokratie werden zunehmend hinterfragt. Die politische Ordnung ist durch das regionale Ereignis in Magdeburg nicht ausgehebelt. Aber die wahlentscheidenden politischen Mitten in unserem Land sortieren sich offenbar neu. Darum geht es.

## Die eigenen Fanmeilen wieder erweitern

Das zeigt gleichzeitig verlässlich Spielräume auf, wie die Politik der Freiheit in einer offenen Gesellschaft mit gleichberechtigten Bürgern ihre eigenen Fanmeilen wieder erweitern kann. Das fängt sicher damit an, über Partizipation anders nachzudenken. Wir müssen Mitsprachemöglichkeiten im Hinblick auf direkte Demokratie und Bürgerräte etc. revolutionieren. Alle potenziell Aktiven für Entscheidungen einzubinden, minimiert, wie unsere Forschungen eindeutig zeigen, den allgemeinen Frust über „die Politik und die Politiker“. Ein weiterer Schritt wäre die aufmerksame Zuwendung zu den Bürgern, die mehrheitlich nicht eine Partei

gewählt haben, die in Teilen rechtsradikal agiert. Dazu ist es wichtig, daran zu erinnern, wie Freiheit glücklich machen kann. Positive Definitionen von Identitäten sind schwer. Das politische System muss sich dabei aus sich selbst heraus positiv begründen. Das ist viel fordernder, als sich an den Gegnern der Demokratie abzuarbeiten.

## Ein Grundgefühl von Sicherheit und Entspannung

Aber womit können wir für unsere freiheitliche Demokratie heute noch werben? Zunächst erscheint unser Leben als Bürger entspannter und stressfreier als in unfreien Regimen. Wir müssen uns nicht vor staatlicher Willkür schützen. Berechenbarkeit füttert die Entspannung. Das Grundgefühl von Sicherheit und Entspannung speist sich auch daraus, dass im Rechtsstaat alle gleichbehandelt werden. Persönliche Beziehungen nützen wenig, wenn es um die Anwendung und Durchsetzung von Recht geht. Wir sind angstfreier. Zumindest liegen dafür wichtige Voraussetzungen vor. Staatliche Politik hat die Aufgabe, den Bürgern die Angst zu nehmen. Gemeint ist die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, der Ängste vor Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Altersarmut etc. nehmen sollte. Die freiheitliche Grundordnung nimmt darü-

ber hinaus auch systematisch die Angst vor staatlichen Autoritäten. Freiheitliche Gesellschaften sind gerechtigkeitsfixiert. Die Unterstützung von politischen Maßnahmen hängt sehr davon ab, ob wir als Bürger erkennen, dass es fair, gerecht, sozial dabei zugeht. Eine gerechte Gesellschaft lässt sich dadurch kennzeichnen, dass alle Menschen gleiche Grundfreiheiten genießen und Ungleichheiten nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie auch den Schwächeren zugutekommen. Demokratische Rechtsstaaten kommen diesem Ideal mit freien Wahlen und unabhängigen Gerichten, Schutz der Grundrechte näher als autoritäre Systeme. Auch im Wettbewerb um Nachhaltigkeit schneiden freiheitliche politische Systeme besser ab als Autokratien. Autoritäre Regime können zwar schneller entscheiden, sind meist aber nicht enkelfähiger. Das gilt vor allem für ökologische Nachhaltigkeit. Demokratien schwächeln bei der Zukunftsverantwortung, weil sie gegenwartsfixiert sind. Dennoch zeigen die wissenschaftlichen Systemvergleiche eindeutige Vorteile für Zukunftsfähigkeit bei freiheitlichen Systemen.

## Demokratie fördert eigene Lebensentwürfe

Der Genuss der Freiheit schmeckt auch nach Vielfalt. Freiheit eröffnet Lebenschancen als Optionen, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten: zu reisen, freie Berufswahl zu nutzen, persönliche Lebensentwürfe zu probieren. Postheroisches Regieren entpolitisiert in freiheitlichen Demokratien zudem Interessenskonflikte. Entscheidungen ohne Drama, Führung durch Moderation – all das ermöglicht entspanntes „Abhängen“ im Schatten von Krisenmanagement. „Die Furcht vor der Freiheit“ (Erich Fromm 1941) beschreibt die Kehrseiten, die durchaus existieren. Freiheit ist anstrengend, weil selbstbestimmt, unübersichtlich, weil komplex, und häufig überfordernd, weil zu viele Optionen bestehen. Gerne gibt man aus vermeintlicher Bequemlichkeit politische Eigenverantwortung ab – im Tausch für sichernde Fürsorge durch einen autoritären Staat. Dennoch lohnt sich die Positivbotschaft zur Mobilisierung von Mehrheiten: Freiheitliche Demokratien schaffen ein Spürgefühl für Bürger, die entspannter, angstfreier, gerechter, nachhaltiger, vielfältiger leben können. Warum kümmern wir uns nicht mehr um diese Botschaften, die Menschen in Demokratien glücklicher machen? Damit erreicht man mehr als mit immer gleichen Warnungen. Die Spürbarkeit der Demokratie spielt dabei eine wichtige Rolle. Und das bleibt auch zur Mobilisierung der wahlentscheidenden politischen Mitte wichtig.

AKTIONSWOCHE  
„Demokratie braucht viele Stimmen“

Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen, Perspektiven und einer offenen Debatte. Damit Menschen sich eine eigene Meinung bilden können, brauchen sie Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen. In dieser Woche lassen wir unterschiedliche Menschen zum Thema Demokratie zu Wort kommen.

Denn unsere Öffentlichkeit verändert sich: Digitale Plattformen und Künstliche Intelligenz bestimmen zunehmend mit, welche Informationen uns erreichen. Desinformation und manipulierte Inhalte machen es zugleich schwieriger, Verlässliches von Falschem zu unterscheiden. Umso wichtiger ist professioneller Journalismus. Er recherchiert, prüft Fakten, ordnet ein, fragt nach und übernimmt Verantwortung für das, was er veröffentlicht. Deshalb setzen journalistische Medien in Deutschland mit „Demokratie braucht viele Stimmen“ erstmals gemeinsam ein Zeichen – für Presse- und Rundfunkfreiheit, für Medienvielfalt und für eine informierte demokratische Öffentlichkeit.

DEMOKRATIE  
BRAUCHT VIELE  
STIMMEN.

# Literatur stärkt Stimmen für die Demokratie

Im Interview zur Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ erläutert die Philosophin Thea Dorn, welche Rolle Literatur in gesellschaftlichen Debatten einnehmen kann.

**BERLIN.** *Wie viel Widerspruch müssen wir aushalten? Was kann Literatur zum Perspektivwechsel beitragen? Und was hält eine vielfältige Gesellschaft zusammen? Schriftstellerin und Philosophin Thea Dorn über Meinungsfreiheit und die schwierige Suche nach einem demokratischen „Wir“.* Ein Interview anlässlich der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ von Andrea Gourd.

**Andrea Gourd: Braucht Demokratie nicht nur Meinungsfreiheit, sondern auch den Mut, sie tatsächlich zu nutzen?**

Thea Dorn: „Mut“ ist ein großes Wort, das ich im Zusammenhang mit Meinungsäußerungen in Demokratien nicht besonders mag. In autoritären Gesellschaftssystemen braucht es Mut, Dinge zu sagen oder zu schreiben, die den Machthabern nicht passen. In Demokratien muss man lediglich aushalten können, dass einem scharf widersprochen wird, wenn man eine Meinung äußert, die auf Gegenwind trifft. Allerdings gefährdet es durchaus die Demokratie, wenn der Gegenwind regelmäßig Shitstorm-Stärke erreicht und zudem nicht nur der Meinung gilt, sondern ebenso der Person, die sie äußert. In der ersten Demokratie der Welt, im antiken Athen, galten zwei fundamentale Prinzipien für den politischen Diskurs: Isegorie und Parrhesie. Jeder Bürger hatte das Recht, in gleicher Weise von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen, ohne befürchten zu müssen, dafür niedergemacht zu werden. Daran sollten wir uns auch heute orientieren. Woran wir uns ebenfalls orientieren sollten: In Athen ging man davon aus, dass jeder Bullshit eine Meinung sein kann. Dennoch hütete man sich als Bürger und Politiker davor, Bullshit zu verbreiten – nicht, weil es als moralisch verwerflich gegolten hätte oder verboten gewesen wäre. Man hütete sich, weil man nicht als Trottel dastehen wollte.

**Literatur lässt uns die Welt mit fremden Augen sehen. Ist das auch eine demokratische Fähigkeit?**

Dorn: Ein Mensch, der nur „ich, ich, ich“ denkt, liest vermutlich nicht gern – siehe Donald Trump. Andererseits werden die meisten Leser schon mal die Erfahrung gemacht haben, dass sie in einem literarischen Werk Ausschau nach einer Figur halten, mit der sie sich identifizieren können, oder nach Sätzen, die ihnen aus der Seele sprechen. Schlechte Literatur befriedigt dieses Bedürfnis ohne Wenn und Aber. Gute Literatur hingegen besteht eigentlich nur aus Wenn und Aber. Ihre Sätze nehmen erstaunliche Wendungen; sie zeigt uns Figuren so, dass wir begreifen: In jeder Helden steckt mehr Abgrund, als uns lieb ist, jede Schurkin hat eine Geschichte, die mehr aus ihr macht, als ein-



Foto: Alberto Novelli

## ZUR PERSON

**Thea Dorn** ist Schriftstellerin, Fernsehmoderatorin und Philosophin. Seit 2020 moderiert sie das „Literarische Quartett“ im ZDF, seit 2024 ist sie Sprecherin des PEN Berlin. Zu ihren bekanntesten Büchern zählen „Die deutsche Seele“, „Die Unglückseligen“, „deutsch, nicht dumpf“ und „Trost. Briefe an Max“. In Büchern und öffentlichen Debatten beschäftigt sie sich immer wieder mit Meinungsfreiheit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Streitkultur.

fach nur böse zu sein. Ich würde gern sagen: Nur Demokraten sind gute Leser, weil sie auch Stimmen ertragen, die ihnen gegen den Strich gehen. Aber Friedrich Nietzsche zum Beispiel war ein ebenso wilder wie genauer Leser – und ganz gewiss kein Demokrat.

**Wie viel gemeinsames „Wir“ braucht eine Demokratie, damit sie unterschiedliche Stimmen aushält?**

Dorn: Tja, das ist die Millionen-Dollar-Frage der Demokratie. Einige Verfechter des bürgerlichen Rechtsstaats hoffen, die-

ser ließe sich auch mit einem Volk von Egoisten und Narzissen machen – ich bin da skeptisch. Wer nur seine eigenen Interessen und Weltanschauungen kennt, wer meint, dass es sich bei Gemeinwohl um ein antiquiertes Konzept für Dumme handelt, der hört immer nur sich selbst zu – auch wenn er sich für eine Weile mit vermeintlich Gleichgesinnten in einer Bubble zusammen tut. Die Crux ist nur: Wie heterogen kann/darf/muss ein demokratisches „Wir“ sein, damit es den Geist der Toleranz atmet, ohne den jede Demokratie erstickt? Und wie homogen kann/darf/muss dieses „Wir“ sein, damit es nicht zu einem völlig beliebigen Konglomerat wird, das bei Spannungen und Konflikten zerfällt? Ich kann leider nur sagen, welche Antworten ganz sicher falsch sind: Das demokratische „Wir“ im 21. Jahrhundert kann nicht das kulturell oder gar ethnisch homogene „Wir“ sein, das Rechtspopulisten predigen. Andererseits übersteigt das allumfassende Menschheits-„Wir“, das den Verfechtern von universell verstandener Gleichheit und Gerechtigkeit vorschwebt, die realistischen Möglichkeiten jeder konkreten, demokratisch verfassten Gesellschaft. Die Millionen-Dollar-Antwort wird irgendwo zwischen diesen beiden Extremen liegen.

Das Interview führte Andrea Gourd.

# Wenn Menschen aus Angst verstummen

Hass drängt Menschen aus Debatten. HateAid-Geschäftsführerin Anna-Lena von Hodenberg erklärt im Gespräch, wie das die Meinungsvielfalt mindert.

**BERLIN.** *Hass, Drohungen und digitale Gewalt führen dazu, dass sich Menschen aus öffentlichen Debatten zurückziehen. HateAid-Gründerin Anna-Lena von Hodenberg erklärt im Interview mit Andrea Gourd anlässlich der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“, warum das die Meinungsvielfalt verändert – und was dagegen zu tun ist.*

**Andrea Gourd: Meinungsfreiheit bedeutet, dass jeder seine Meinung äußern darf. Aber was ist diese Freiheit noch wert, wenn Menschen aus Angst vor Hass und Bedrohungen lieber schweigen?**

Anna-Lena von Hodenberg: Das Internet ist heute einer der wichtigsten Kommunikationsräume. Hier verhandeln wir unsere großen gesellschaftlichen Debatten und informieren uns über relevante Themen. In diesem Raum sollten sich alle Menschen trauen, frei ihre Meinung zu sagen. Umso erschreckender ist es, dass das für viele nicht mehr möglich ist. Eine repräsentative Studie zeigt: Mehr als die Hälfte der Internetnutzenden zieht sich aus Angst vor digitaler Gewalt aus dem öffentlichen demokratischen Diskurs im Netz zurück. Die Mehrheit bekennt sich online seltener zu ihrer politischen Meinung und beteiligt sich weniger an Diskussionen – aus Angst, selbst beleidigt oder bedroht zu werden. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Meinungsfreiheit, sondern insgesamt für unsere Demokratie. Wir müssen sicherstellen, dass Zensur weder vom Staat ausgeht noch Menschen durch Einschüchterung dazu gebracht werden, ihre Meinung nicht mehr zu äußern.

**Digitaler Raum für kontroverse Debatten notwendig**

**Wenn immer mehr Menschen online schweigen – bestimmen dann am Ende vor allem die Lauten und Radikalen das öffentliche Bild?**

von Hodenberg: Ja, genau diese Gefahr besteht. Wenn immer mehr Menschen sagen: „Das tue ich mir nicht mehr an, ich äußere mich online nicht mehr“, dann fehlen diese Stimmen und Meinungen im öffentlichen Diskurs. Sichtbar bleiben vor allem die Lauten, Aggressiven und Radikalen und ihre Botschaften. Dadurch kann ein verzerrter Eindruck entstehen, was tatsächlich mehrheitsfähig oder gesellschaftlich akzeptiert ist. In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie sich dadurch radikale Sprache und Positionen immer mehr normalisiert haben und förmlich „sagbar“ geworden sind. Selbstzensur betrifft deshalb nicht nur den Einzelnen, sondern uns alle – sie verändert den öffentlichen Diskurs insgesamt.

**Was braucht es, damit wir auch im Netz kontrovers streiten können, ohne Menschen mundtot zu ma-**



Foto: Sven Serkis

## ZUR PERSON

**Anna-Lena von Hodenberg** ist Journalistin und Mitgründerin sowie Geschäftsführerin der gemeinnützigen Organisation HateAid, die sich gegen digitale Gewalt und für Menschenrechte im Netz einsetzt. Für ihr Engagement wurde sie 2025 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

**chen? Und wer trägt dafür die Verantwortung?**

von Hodenberg: Wir brauchen einen digitalen Raum, in dem kontroverse Debatten möglich sind, ohne dass Menschen durch Hass, Bedrohungen oder Verleumdungen mundtot gemacht werden. Illegale Inhalte müssen schnell und konsequent entfernt werden, Täter müssen zur Verantwortung gezogen werden und Betroffene brauchen einen einfachen Zugang zum Recht und Gerechtigkeit. Vor allem aber stehen die Plattformen in der Verantwortung. Gewaltvolle Inhalte und Desinformation dürfen nicht schneller verbreitet werden als sachliche Diskussionen, nur weil sie mehr Aufmerksamkeit erzeugen. Solange Plattformen mit digitaler Gewalt und Desinformation Geld verdienen, werden sich die Anreize kaum verändern. Wir haben schon ein wichtiges Gesetz, das Plattformen dazu verpflichtet, unsere demokratischen Werte durchzusetzen: den Digital Services Act. Doch die US-Regierung hat sich mit den Tech-Bossen zusammengetan und verhindert, dass dieses Gesetz durchgesetzt wird. Das dürfen wir nicht zulassen: US-Tech-Billionäre wie Musk oder Zuckerberg dürfen nicht über dem Gesetz stehen – auf Kosten von Kinder- und Jugendschutz, Meinungsfreiheit und Demokratie.

Das Interview führte Andrea Gourd.

AKTIONSWOCHE  
„Demokratie braucht viele Stimmen“

Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen, Perspektiven und einer offenen Debatte. Damit Menschen sich eine eigene Meinung bilden können, brauchen sie Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen. In dieser Woche lassen wir unterschiedliche Menschen zum Thema Demokratie zu Wort kommen.

Denn unsere Öffentlichkeit verändert sich: Digitale Plattformen und Künstliche Intelligenz bestimmen zunehmend mit, welche Informationen uns erreichen. Desinformation und manipulierte Inhalte machen es zugleich schwieriger, Verlässliches von Falschem zu unterscheiden. Umso wichtiger ist professioneller Journalismus. Er recherchiert, prüft Fakten, ordnet ein, fragt nach und übernimmt Verantwortung für das, was er veröffentlicht. Deshalb setzen journalistische Medien in Deutschland mit „Demokratie braucht viele Stimmen“ erstmals gemeinsam ein Zeichen – für Presse- und Rundfunkfreiheit, für Medienvielfalt und für eine informierte demokratische Öffentlichkeit.

DEMOKRATIE  
BRAUCHT VIELE  
STIMMEN.